

aus Franken

# Horch amol!

5/08

SANKTIONEN - VIELE GESETZWIDRIG!



1 LITER BENZIN TEUERER ALS 1 STUNDE ARBEIT

OBdachlosigkeit und Hungertod



Amtlich beglaubigt!



NEUE SCHIKANEN FÜR HARTZ IV BETROFFENE

SKANDAL:  
MENSCHENVERACHTENDE UNTERKÜNFTE IN NÜRNBERG

Die kostenlose Zeitschrift für Hartz IV-Empfänger,  
Sozialhilfebezieher und andere verarmte Bürger

# Kommentar

von Thomas M. Müller

Wir sind Steuerzahler, vor dem Leistungsbezug, während des Leistungsbezugs und auch wieder, wenn der Leistungsbezug hoffentlich irgendwann nicht mehr nötig ist.

Ja, auch während des Leistungsbezugs, denn wir zahlen von Mehrwertsteuer angefangen viele, viele Steuern.

Darüber hat noch kaum jemand nachgedacht, daß man den Leistungsbeziehern auch helfen könnte, wenn sie eine Steuererklärung abgeben könnten und man würde Ihnen die gezahlten Steuern zurückerstatten. Kann ja nicht angehen, daß man auf das Existenzminimum noch jede Menge versteckter Steuern zahlt. Man sollte die Beträge einmal genau ermitteln. Damit könnten wir auch dem „Mann/Frau“ auf der Straße zeigen, das wir ihn gar nicht so viel kosten, wie er immer glaubt. Davon abgesehen, daß die Beträge lächerlich sind angesichts dessen, was wir schon in unserer Berufszeit an Steuern gezahlt haben.

Der Staat tut immer so, als würde er uns SOOO viel Geld zukommen lassen, das ihm dann fehlt. Dem ist nicht so, weil er einen größeren Batzen davon in Form von Steuern wieder zurück bekommt.

Und was die Notwendigkeit von strafbaren Handlungen zur Aufklärung von Sozialbetrug angeht, so rechtfertigt ein Verbrechen (das in vielen Fällen noch nicht einmal absichtlich begangen wird - ich kenne die Fakten, da mein Bruder selbst bei einem Sozialamt tätig ist) nicht die massenhafte Begehung anderer Verbrechen, wie Verfassungsbruch und Menschenrechtsverletzungen, die weit aus schlimmere Verbrechen darstellen.. Man bedenke, daß sich der angebliche Leistungsbetrug im Bereich von 1-2% bewegen soll, nicht höher. Bei genaueren Ermittlungen kam man auf weniger als 5000 Anzeigen auf die Gesamtzahl der Leistungsbezieher. Ein lächerliches Ergebnis angesichts des Aufwands.

Wenn ich mir hier im Vergleich die Steuerhinterziehung und andere „Kavaliersdelikte“ ansehe, dann liegt hier der Prozentsatz wohl eher im Bereich von 20-30% und es geht gerade bei der wohlhabenderen Bevölkerungsschicht um Beträge gegenüber denen der Leistungsbetrug in seiner Gesamthöhe eine Lachnummer ist. Die Finanzämter klagen seit Jahrzehnten über zu wenig Steuerfahnder, man erfüllte ihren Wunsch nie. Die ARGEn hingegen verfügen über eine Zahl von Ermittlern, die bei den Finanzbehörden Neidgefühle aufkommen lassen muß. Wo ist hier die Verhältnismäßigkeit? Nun die besondere Lachnummer. Die Kosten für die Ermittlungsdienste der ARGEn liegen höher, als die dadurch zurückfließenden Leistungen. Das heißt, daß die angebliche Notwendigkeit, man müsse hier Geld zurückholen, das ja schließlich der Steuerzahler aufgebracht hat (also auch wir), eine glatte Lüge ist, denn die Bilanz zeigt auf, daß die Kosten dafür den Erfolg um ein Mehrfaches übersteigen. Würde der Staat die Steuerhinterziehung abstellen und genauso schnell die Schlupflöcher in unserem verkorksten Steuersystem schließen, wie er sich Verschärfungen gegen uns ausdenkt, dann hätte er Geld im Überfluß. Dazu müßte er nur noch die Verschwendung bei den Behörden abstellen, immerhin rund 30 Milliarden jedes Jahr (dagegen unternommen wird nichts, die Summe ist seit Jahrzehnten ähnlich hoch) und die Begründung für die unsoziale, menschenverachtende Sozialpolitik würde wegfallen. Milliarden werden verschwendet oder nicht an Steuern bezahlt, viele Milliarden und der Staat tut so, als wären es wenige Millionen „Sozialbetrug“, die ihn an den Rand des Bettelstabs bringen. Lächerlich!

Im Gesamten betrachtet sind die ARGEn üble Terrorgebilde, deren Sinn und Zweck nur darin besteht Menschen in Angst und Schrecken zu versetzen, damit sie gebrochen werden und alles weitere ohne Gegenwehr über sich ergehen lassen. Wer sich daran beteiligt, der wird ebenfalls zum Verbrecher. Schon bei den Nürnberger Prozessen wurde klar festgestellt, daß die Ausrede „ich habe ja nur Anweisungen befolgt“, keine Ent-

schuldigung für eigenes menschliches Versagen darstellt. Das sollten die Ausführungsgehilfen dieses größten Verbrechens an armen Menschen im angeblich demokratischen Deutschland seit dem zweiten Weltkrieg auch einmal bedenken. Eine Entschuldigung gibt es nicht.

Das es auch anders geht, das hat Frankreich gezeigt. Dort wehrten sich die Mitarbeiter der Arbeitsverwaltung erfolgreich dagegen, das sie die Leute schikanieren sollten.

Nur Menschen mit massiven Charakterfehlern sind auf Dauer in der Lage die Drecksarbeit bei der Umsetzung von Hartz IV und Co. zu übernehmen. Ich habe andere erlebt von denen etliche die Arbeit hinschmissen, weil es sie krank machte andere Menschen so behandeln zu müssen. Jedes Jahr landen zahlreiche Mitarbeiter von ARGEn in psychosomatischen Kliniken und weigern sich nach der Behandlung zurückzukehren. Ich habe eine Patientin persönlich kennengelernt und der Gedanke diese Arbeit weiter zu machen, verursachte ihr massive seelische und körperliche Schmerzen.

**Liebe ARGEn, wir entschuldigen gar nichts. Weder den Psychoterror, noch den Betrug durch gesetzwidrige Leistungsverweigerung, die Beleidigungen, Drohungen, Nötigungen, die Zwangsarbeit, Vertragsbruch, Lügen und vieles mehr. Wir entschuldigen noch weniger die Todesopfer, die Euer Arbeit bisher schon verursacht hat. Ja, liebe ARGE Mitarbeiter, Ihr habt Menschen auf dem Gewissen. Nun wird jeder Einzelne sagen, das er das nicht wahr. Tut mir leid, aber wer Teil einer solch unmenschlichen Maschine ist, der ist immer mit schuld, auch wenn er in einem bestimmten Fall nicht beteiligt war. Aber er war und ist am Gesamten beteiligt, das erst diese Verbrechen ermöglicht und dafür gibt es keine Entschuldigung.**

*\*) Beweise für meine „Behauptungen“ gibt es massenhaft*

# Sanktionen!

von Hans-Jürgen Graf

Viele der Betroffenen aus dem Bezug von Arbeitslosengeld II haben so ein Schreiben bestimmt schon einmal von ihrer zuständigen Arge oder dem Job-Center bekommen. Ein Schreiben, in dem einem die teilweise oder sogar vollständige Kürzung der Leistung angekündigt wird. Es wird sanktioniert. Und selbst bei einer selten vorher stattfindenden Anhörung, die eigentlich in fast allen Fällen vorgeschrieben ist, wird danach sanktioniert egal welche Argumente man vorgebracht hat. Der entscheidende Briefbaustein (vorgegebene Bausteine im EDV-System) lautet in etwa:

...hinreichende Gründe, die gegen eine Sanktion sprechen, wurden nicht vorgebracht.

Aus eigener Erfahrung, als Bevollmächtigter bei der Arge hier, kann ich nur bestätigen dass die Gründe in unseren Augen 1000%ig hinreichend sein können. Bei den Sachbearbeitern der Argen und den Widerspruchsabteilungen scheinen sie in vielen Fällen erst dann hinreichend zu sein, wenn sie vom zuständigen Sozialgericht oder Landessozialgericht als hinreichend erklärt werden. Über die Zeit frage ich mich immer wieder, warum dies die Sozialrichter mit sich machen lassen? Wenn denn so viele Entscheidungen vor den Gerichten gegen die Argen gefällt werden, dann kann es mit der entsprechenden Schulung der Mitarbeiter dort nicht weit her sein. Nun sind aber doch in den Widerspruchsabteilungen oftmals sogar Juristen beschäftigt. Die Seite der Sanktionen spricht Klaus Lauterbach, Richter am Landessozialgericht Halle (Saale), in seinem Aufsatz „Das Sanktionssystem im SGB II“, in der 6. Ausgabe der Zeitschrift „Neue Justiz“ an. Bereits am Anfang seines Aufsatzes spricht er

eine sehr wesentliche Entwicklung an:

Die von den Trägern der Grundversicherung für Arbeitssuchende ausgesprochenen Sanktionen gegenüber erwerbsfähigen Hilfebedürftigen haben deutlich zugenommen...

In seinem Aufsatz stößt Lauterbach bereits nach wenigen Sätzen schon auf die ersten verfassungsrechtlichen Bedenken. Der Gleichbehandlungsgrundsatz ist seiner Ansicht nach dort verletzt, wo die Sanktionierung die Hilfebedürftigen trifft, die den Zuschlag nach § 24 SGB II erhalten. Ein Zuschlag, der den Übergang vom Bezug des Arbeitslosengeldes I in das Arbeitslosengeld II abfedern soll. Dieser z. B. fällt regelmäßig bei Sanktionierungen weg. Und hier sieht Lauterbach zumindest die Möglichkeit eines verfassungswidrigen Vorgehens gegenüber diesen Hilfebeziehern. Denn sie werden dann, seiner Meinung nach, stärker sanktioniert als diejenigen ALG II – Bezieher, die diesen Zuschlag nicht erhalten. Im weiteren spricht der Landessozialrichter von einer „ungeschriebenen Voraussetzung“ bei „Pflicht- und Obliegenheitsverletzungen“. Diese ist das „subjektiv vorwerfbare Verhalten“ das zu dieser Verletzung führen musste. Er sagt eindeutig, dass dem einen Bedürftigen einer Bedarfsgemeinschaft nicht das Fehlverhalten eines anderen Mitgliedes dieser Bedarfsgemeinschaft zugerechnet werden darf.

Zum Thema der Eingliederungsvereinbarungen schreibt Lauterbach einiges interessantes, das doch sehr eindeutig klingt. Der Landessozialrichter stellt klar, dass eine Eingliederungsvereinbarung bereits dann schon nichtig sein kann, wenn ihr kein individuelles Konzept zugrunde liegt. Vorformulierte, einseitig erstellte Eingliederungsvereinbarungen ohne eingeräumten Verhandlungsspielraum sind, seinen Ausführungen nach, ganz

sicher nichtig. Die bekannte „Weigerung zum Abschluss einer EGV“ liegt, so Lauterbach, nur dann vor wenn der Hilfeempfänger überhaupt nicht bereit ist Gespräche über einen EGV zu führen oder er den Abschluss ohne nachvollziehbare Gründe ablehnt nachdem Gespräche stattgefunden haben und eine ausreichende Bedenkzeit eingeräumt wurden. Eine Sanktionierung sieht er als ausgeschlossen an, wenn der Hilfebedürftige lediglich deshalb ablehnt, weil seine Bedürfnisse und Vorschläge nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt wurden oder Nachbesserungen angemahnt werden. Bei einer Unstimmigkeit nach ernsthaften Verhandlungen kann nicht von einer Weigerung ausgegangen werden. Über die Sanktionierungsmöglichkeit eine Zustimmung zu einer vorformulierten oder vom Hilfebedürftigen als unzureichend angemahnten EGV, erzwingen zu wollen sieht er als grundrechtlich äußerst bedenklich an. Eine, aufgrund von Bedenken oder Unstimmigkeiten nicht zustandegewordene EGV soll eben dann als Verwaltungsakt ergehen, gegen den sich auch der Betroffene wehren kann. Hier sieht Lauterbach lediglich dann eine Sanktionierungsmöglichkeit, wenn eindeutig destruktives Verhalten des Betroffenen an einem ernsthaften Willen zum Zustandekommen einer EGV zweifeln lassen.

Was hat denn eigentlich in so einer EGV drin zu stehen? Auch hierzu, zumindest zur Verständlichkeit einer solchen Eingliederungsvereinbarung, nimmt der Landessozialrichter Stellung. Lauterbach sagt, dass eine EGV das von dem Hilfebedürftigen abverlangte Verhalten, nach Maßgabe des Empfängerhorizonts, unzweifelhaft erkennen lassen muss. Und er betont, Unklarheiten gehen immer zu Lasten des Trägers der Sozialleistung. Etwas einfacher bedeutet dies, dass eine Eingliederungsvereinbarung so formuliert sein muss, dass sie

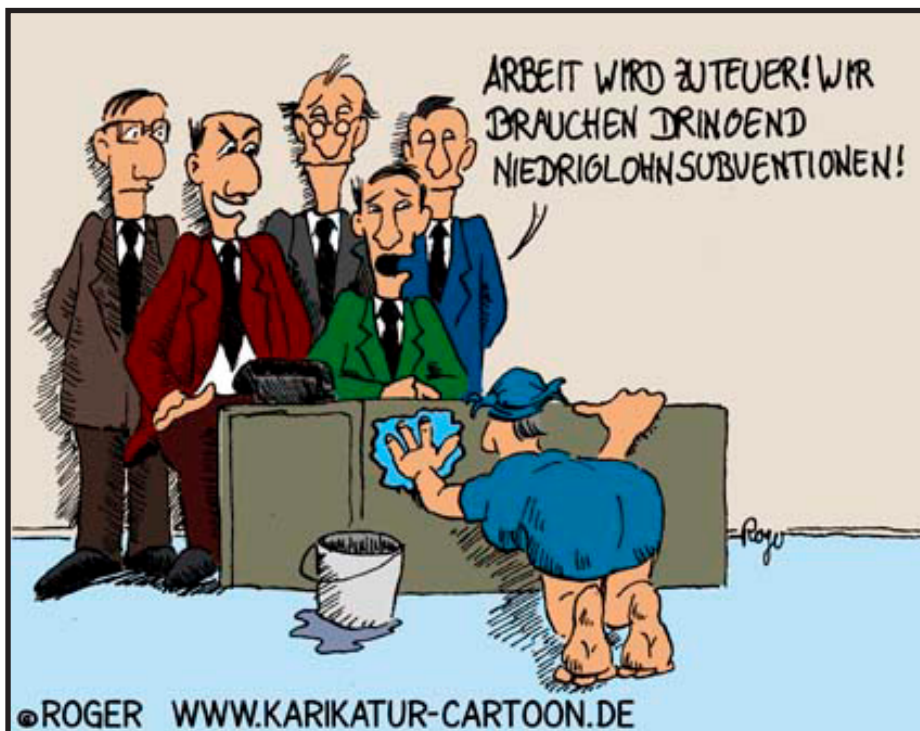
für den auf den sie zugeschnitten wird, verständlich sein muss und dies unzweifelhaft. Es ist also eine besondere Sorgfaltspflicht gegeben. Wenn der Empfängerhorizont, wie ihn Lauterbach bezeichnet, nicht so weit reicht, dann muss die EGV eben einfach geschrieben sein und für diejenigen im Rahmen seines Begriffshorizonts verständlich. Ist sie das nicht und es gibt Verständnisschwierigkeiten bzw. Unklarheiten, dann können diese dem Hilfebedürftigen nicht zugerechnet werden.

Zu den Sanktionierungen und ihren Auswirkungen nimmt der Landessozialrichter ebenfalls detaillierte Stellung und macht sogar Ausweichvorschläge, wenn durch die Sanktionierung eines Mitgliedes der Bedarfsgemeinschaft, die anderen Mitglieder in unzulässiger Weise in Mitleidenschaft gezogen würden. So zum Beispiel bei den Unterkunftskosten. Wenn jemand in der Bedarfsgemeinschaft sanktioniert wird, darf dies die anderen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft nicht in Mitleidenschaft ziehen. So schreibt Lauterbach, dass dann zum Beispiel die Unterkunftskostenanteile der anderen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft angehoben

werden können, oder der Anteil des sanktionierten Mitglieds direkt an den Vermieter überwiesen werden kann. Dies aber nur in dem Fall, wenn eben die anderen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft die Kosten dann nicht mehr tragen können wenn der Unterkunftsanteil des sanktionierten Mitglieds wegbleibt. Das dürfte eigentlich in den meisten Fällen zutreffen.

Dieser Aufsatz des Landessozialrichters Lauterbach ist sehr umfangreich und aussagekräftig. Es empfiehlt sich, diesen zu lesen um vielleicht anhand der darin aufgeführten Beispiele und Vorschläge die eigene Situation besser einschätzen zu können.

**Der Aufsatz liegt der Redaktion im PDF-Format vor und kann gerne angefordert werden.**



## Hartz IV, Grundsicherung, Sozialhilfe?

Unter den folgenden Internetadressen finden Sie Mitbetroffene, können sich austauschen und von den Erfahrungen anderer lernen (Keine Rechtsberatung!)

[www.erwerbslosenforum.de](http://www.erwerbslosenforum.de)

(Großes Downloadarchiv mit Musterschreiben und -anträgen)

[www.sozialbetrug.org](http://www.sozialbetrug.org)

## Notruftelefonnummer bei Zwangsumzügen

Bundesweit:  
0228/2495594

(Erwerbslosen Forum Deutschland)

Für Berlin:  
0800/2727278

(kostenlos innerhalb des Festnetzes Berlin)

## Bitte geben Sie Informationen weiter!

Der Kampf gegen die soziale Kälte und die ständig weitergehende Entrechtung Betroffener ist nur möglich, wenn jeder über seine Rechte informiert ist. Nur wer informiert ist kann Gegenwehr leisten.

**Wir alle haben es in der Hand die Lage zu ändern.**

## Liebe Erwerbslosengruppen und Vertreter der armen Menschen!

Hier könnten Ihre Informationen stehen. Wir bieten an, kostenlos entsprechende Kontaktadressen und Informationen bei uns einzustellen. Bitte setzen Sie sich dafür mit der Redaktion in Verbindung.

**Betroffene müssen erfahren, wo sie Hilfe bekommen können!**

# Ein Liter Benzin ist offenbar mehr Wert als eine Stunde Arbeit eines Menschen

60 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1948 bis 2008:

von Andreas Klamm

Berlin. 6. Juni 2008. Deutschland steht vor großer Freude einerseits. Es gibt die Hoffnung vieler deutscher Menschen, die sich ein Besuch im Fußball-Stadium noch leisten können, dass die deutsche Mannschaft vielleicht mit Erfolg zurück nach Deutschland kommt. Das ist die eine Seite Deutschlands, die gut aussieht.

Doch bei näherer Betrachtung des neuen Deutschlands, gibt es noch die andere Seite: 20 Millionen Menschen, darunter auch mehrere Millionen Kinder in Deutschland leben weit unter der Armutsgrenze. Diese Menschen sind froh, wenn diese 40 Euro haben für eine ganze Woche um Essen, Nahrung und Medikamente zu kaufen. Für eine Eintrittskarte in Höhe zwischen 40 bis 60 Euro für ein Fußball-Stadium und ein Fußball-Spiel bleibt mehr als 20 Millionen Menschen in Deutschland nicht ein einziger Cent.

Und es kommt noch schlimmer, wer denkt das sei schlimm: Die Benzin-Preise klettern auf den Höchststand von 1,55 Euro pro Liter und wenn die Benzin-Preise weiter so steigen, dann ist das einstige Ziel der Partei „Die Grünen“ das in den Zeiten der D-Mark lautete: „5 DM für 1 Liter Benzin.“ bald erreicht. Nur wird man dann nach der Einführung des Euros von „2,50 Euro für 1 Liter Benzin...“ sprechen.

So werden sich viele Menschen in Deutschland wieder daran gewöhnen müssen auch mal zehn bis 20 Kilometer zur Arbeit laufen zu müssen. Im immer härter werdenden Wettbewerb bleiben vor allem dann auch Gehbehinderte,



Asthmaerkrankte und Herzkrankte Menschen auf der Strecke, die sich den Liter Benzin für 2,50 Euro pro Liter nicht leisten können und auch nicht die Busfahrt von 4,80 Euro pro Einzelfahrtsschein auf einer Strecke von rund 10 bis 20 Kilometer um zur Arbeit zu gelangen.

Doch wer denkt es könnte nicht schlimmer kommen, irrt gewaltig, denn wer dann noch den Weg zur Arbeit schafft, muss ganz schnell lernen, dass die Arbeit eines Menschen nur noch ein 1 Euro pro Stunde Wert ist, damit wird 1 Liter Benzin rein wirtschaftlich betrachtet in der neuen Weltordnung offenbar „wertvoller“ als die eine Stunde Arbeit eines Menschen.

Das bedeutet im Klartext, dass wenn ein Arbeitnehmer für die einfache Busfahrt zur Arbeit 4,80 Euro zahlen muss, doch während eines Arbeitsta-

ges von 8 Stunden nur 8 Euro verdient, keinen einzigen Cent für acht Stunden Arbeit verdient, sondern bedingt durch die notwendige Heimfahrt die ebenso 4,80 Euro kostet, ein Minus von 1,60 Euro erarbeitet, da ein Gesamt-Preis für die Fahrten zur und von der Arbeit in Höhe von 9,60 Euro fällig wird bei einem „Verdienst“ von 8 Euro innerhalb von 8 Stunden. Wenn sie denken, das gibt es in Deutschland nicht, dann ist ihnen wohl noch nicht bekannt, dass es bereits seit dem Jahr 2005 die so genannten „1 Euro-Jobs“ gibt, auf die genau dieses Rechenbeispiel zutrifft. Wer in einem solchen Job arbeitet, gerät in noch mehr Schulden trotz Arbeit, denn von einem Verdienst kann wohl kaum mehr die Rede sein.

Was ist da noch ein Menschenleben wert, wollte man es im Vergleich zum aktuellen Stand der Benzin-Preise berechnen, was nicht möglich ist. Bleibt

den Menschen in Deutschland noch die Chance auf eine Menschenwürde?

Im Jahr 1948 wurden durch die Vereinten Nationen (United Nations, UN) die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte proklamiert. Rund 60 Jahre nach der Proklamation der weltweit gültigen Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, im Jahr 2008, haben Politiker, Politikerinnen und Wirtschafts-Lobbyisten in Deutschland offenbar vergessen, dass Sklavenarbeit weltweit und damit auch in Deutschland verboten ist.

Im Artikel 4 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen (United Nations, UN) steht geschrieben:

## „Artikel 4

*Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel sind in allen ihren Formen verboten. „*

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen (United Nations, UN)

<http://www.un.org/Overview/rights.html>, [www.un.org](http://www.un.org) in deutscher Sprache: <http://www.unhchr.ch/udhr/lang/ger.htm>

Vor wenigen Wochen rief mich ein Journalist, ein Kollege, an und fragte mich, ob ich denn wüsste, wie Deutschland jetzt sogar in England, Frankreich und in den Vereinigten Staaten von Amerika genannt wird. Ich antwortete ihm kurz und bündig: „Nein“. Er erklärte mir, dass man „Deutschland das <<China>> von Europa“ nennt. Darauf antwortete ich: „Geht das nicht etwas weit...?“

Doch einige Wochen nach dem Anruf werde ich sehr nachdenklich und hoffe, dass uns die Bilder, die uns aus China vom „Platz des Himmlischen Friedens“ noch in trauriger Erinnerung allen sehr gut bekannt sind, erspart bleiben, als die Panzer, Studenten in China einfach

so platt fahren und zu Tode quetschen und Soldaten auf friedlich demonstrierende Studenten schießen.

Hoffen wir alle und vielleicht beten wir auch dafür dass deutsche Panzer nicht Studenten in Deutschland zu Tode quetschen werden, weil diese etwa gegen Studien-Gebühren demonstrieren oder deutsche Bundeswehr-Soldaten auf behinderte Menschen, Hartz4-Empfänger, Rentner, Frauen und Kinder schießen, weil diese friedlich darum bitten während einer Kundgebung in Frankfurt am Main, dass die Regierung in Berlin, behinderte Menschen, Hartz4-Empfänger, Rentner, Frauen und Kinder nicht verhungern lassen möge.

Beten, Bitten und Fürbitte leisten – das ist friedlich und hat als Antwort nicht deutsche Panzer und wild um sich schießende Bundeswehr-Soldaten in Deutschland verdient. Beten wir dafür, dass auch Politiker und Wirtschafts-Lobbyisten erkennen und lernen, dass es besser ist, Menschenleben zu retten als das Leben von Menschen zu vernichten mit Vorsatz, aus Gründen, die vermutlich dann als niedrige Beweggründe, die

„Habgier, Geld- und Macht-Geilheit“ genannt werden könnten.

Der amerikanische Journalist, Alex Jones von [www.infowars.com](http://www.infowars.com) würde „Hartz4“ im Angesicht der Benzin-Preise auf Höchststand in Deutschland deutlich und klar „Total Enslavement“ nennen. In Deutschland sprechen immer mehr Menschen von „totaler Versklavung“ und diese steht im direkten Widerspruch zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen (UN) aus dem Jahr 1948. 60 Jahre Allgemeine Menschenrechte und Deutschland kein bisschen weise, nichts Gutes gelernt nach den Jahren des Schreckens der Diktatur von 1933 bis 1945?

Wer mit Reichtum gesegnet ist, kann den Segen nutzen, um den Segen mit armen Kindern, Frauen und Männern in schwerster Not zu teilen, denn keiner weiß von uns wann Gott seine Seele fordern wird. Schon in den zehn Geboten Gottes, im Alten Testament, steht geschrieben: „Du sollst nicht töten.“

*Andreas Klamm, Journalist, British Newsflash Magazine, UK and intl services :: OVERSEAS, Tel. 0049 6236 416 802, Fax 001 503 212 6883, email: news247@btinternet.com, ALTERNATIVE: andreasklamm@hotmail.com :: Internet: [www.britishnewsflash.org](http://www.britishnewsflash.org), [www.britishnewsflash.net](http://www.britishnewsflash.net), [www.britishnewsflash.blog.co.uk](http://www.britishnewsflash.blog.co.uk) :: Info: [www.regionalhilfe.de/contact](http://www.regionalhilfe.de/contact) -- [www.britishnewsflash.net/feedback](http://www.britishnewsflash.net/feedback)*

## Wußten Sie schon...?

„In der Tabelle der Länder mit den höchsten Militärausgaben liegt Deutschland auf dem sechsten Platz und hat nach SIPRI-Berechnungen mit **23,7 Milliarden Euro** einen Anteil von drei Prozent an den weltweiten Ausgaben.“

„Beim internationalen Waffenhandel ermittelte das Institut einen Anstieg um sieben Prozent für die Zeit von 2003 bis 2007 im Vergleich zur Zeitspanne von 2002 bis 2006. **Deutschland war während dieser Spanne der drittgrößte Rüstungsexporteur der Welt** mit einem Marktanteil von zehn Prozent.“

Die Zahl der im Ausland operierenden deutschen Soldaten hat die Zahl von **120.000** überschritten.

Armut in Deutschland hat einen Grund, Deutschland braucht Geld für Waffen und Auslandseinsätze. Dafür hungern in Deutschland Millionen Menschen, darunter allein **2,5 Millionen Kinder**. Aber auch Erwerbslose, Alte, Kranke und Behinderte sind betroffen. Menschenrechte zählen nicht mehr in Deutschland.

Deutschland sorgt auch dafür, daß durch Waffenexporte weltweit neues Leid geschaffen wird. Gäbe es keinen Krieg auf der Welt, den deutschen Rüstungsexporteurern würden Milliardenverdienste entgehen. So will man offiziell Frieden und tut nichts, um ihn wirklich herbeizuführen.

**Soziale Totengräber in Deutschland und Kriegsgewinnler im Ausland. Profit geht über Leichen.**

**Frühere Ausgaben finden Sie in unserem Archiv unter:**

**[horchamol.infopartner.net](http://horchamol.infopartner.net)**

**Für Sehbehinderte und Blinde finden Sie dort auch mp3-Versionen zum Anhören.**

# Wieder drohen Obdachlosigkeit und Hungertod

von Hans-Jürgen Graf

GfA Ludwigshafen mbh, die zuständige ALG II - Verwaltung des Raumes Ludwigshafen - Speyer, sperrt einer fünfköpfigen Familie sämtliche Leistungen.

Mit der Überschrift „Unser Sozialstaat ist tot!“ berichtet die Seite alg2-hartz4.de des Sozialaktivisten und Journalisten Dirk Grund von diesem Fall. Auch Petra Karl, ebenfalls Journalistin hat sich mit eingeschaltet. Es liegt folgendes Geschehen zugrunde laut des Berichts bei alg2-hartz4.de:

Der Vater arbeitet seit 01.Januar 2008 bei einer Firma mit einem Vertrag auf Mini Job Basis. Auf seinen Namen wurden einige Geschäfte mit Barzahlung für die Firma, die ihn beschäftigte getätigt. Die Summe beläuft sich auf ca. 13.000,- Euro. Jedoch war eindeutig zu erkennen, und dies konnten auch die Mitarbeiter des Hauptzollamtes die die Ermittlungen sehen, dass bis auf zwei Unterschriften die er im Auftrag der Firma tätigen musste, alle gefälscht waren. Obwohl dieser Mann nur 200,- Euro ( gemeldet bei der hiesigen Arge / Gfa mbh ) zusätzliche Einnahmen hatte, hat die GfA mbH, die Zahlungen für die komplette Familie mit Wirkung ab 01.Februar 2008 komplett eingestellt. Das bedeutet, wenn eine Person eine Straftat begeht ( was in diesem Fall nachweisbar durch Unterschriftenprüfung nicht vorliegt), werden die anderen Menschen in einer Bedarfsgemeinschaft zum Tode verurteilt. Obwohl man an Hand der vorliegenden Unterschriften erkennen kann, dass dieser Mann nicht die 13.000 Euro selbst abgerechnet hat, verweigert die Arge der restlichen Familie sogar Essensgutscheine. Demnächst wird die gesamte Familie ohne Strom und danach obdachlos sein. Besonders schlimm ist die Tatsache das die Mutter an Krebs erkrankt ist, sie benötigt jeden Tag In-

fusionen um wenigstens die Schmerzen einigermaßen zu ertragen. Jede dieser Infusionen kostet 5 Euro.

Wie weiter berichtet wird, beruft sich die Widerspruchsstelle der GfA darauf, dass es in Speyer ein Sozialamt gäbe. Jedoch ist es unserer Meinung nach hier nicht relevant, auf wen die Leistungen für die nicht sanktionierten Bedarfsgemeinschaftsmitglieder abgewälzt werden können. Die GfA selbst hat, wenn sie die gesamte Bedarfsgemeinschaft sanktioniert und tatsächlich ein Grund vorläge den Familienvater zu sanktionieren, eindeutig wieder einmal wie schon vor einem Jahr rechtswidrig gehandelt. Ich verweise hier auf den Artikel „Sanktionen“ von uns in der gleichen Ausgabe. Hier hat der Landessozialrichter Lauterbach eindeutig klar gestellt, dass beim Vorliegen einer Möglichkeit der Sanktionierung nur das betroffene Mitglied der Bedarfsgemeinschaft sanktioniert werden darf. Die anderen Mitglieder der BG dürfen NICHT sanktioniert werden. Die Familie wird, mit Hilfe, über eine einstweilige Anordnung beim Sozialgericht versuchen, Leistungen weiter zu erhalten. Beschämend und skandalös ist es, dass jemand dessen Name vom Arbeitgeber aller Wahrscheinlichkeit nach zu kriminellen Aktivitäten missbraucht wurde, deshalb bestraft wird, weil er sich nicht zu einem Kriminellen machen lassen will. Sind wir wieder soweit? Es scheint so. Ich wiederhole nur Äußerungen unserer jetzigen Bundeskanzlerin und dem damaligen Arbeitsminister Müntefering: „ Sozial ist, was Arbeit schafft!“. Also auch Kriminalität?

Das übelste ist die Reaktion der GfA auf Anfrage, laut dem Bericht bei alg2-hartz4.de:

Die Familie solle warten bis das laufende Verfahren beendet ist. Dies kann bis zu ca. einem Jahre dauern. Bei der Tafel ist eine Wartezeit von 6 Monaten übliche Praxis! Für Menschen ohne Essen, was

dann zur Ironie verfällt. Das die Frau des Mannes schwer erkrankt ist und jeden Tag eine Infusion benötigt, die jedes Mal 5 Euro kostet, interessiert den zuständigen Abteilungsleiter nicht im Geringsten. Sogar Mitarbeiter der Arge schütteln nur den Kopf über eine solche Vorgehungsweise. Dies ist jedoch nicht das erste Mal, dass dieser Mann einfach ohne Gewissensbisse Menschen verhungern lassen würde. Er schreckt nicht einmal vor einem Neugeborenen zurück.

Ein Abteilungsleiter, der bereits verantwortlich war für den Skandal um ein Neugeborenes dessen Mutter ebenfalls alle Leistungen gestrichen wurden, kommt mit seiner eiskalten Ader und seinem versteinerten Herzen wohl wieder einmal davon. Nun, wir wünschen dass der Familie geholfen werden kann und das sehr, sehr schnell. Und es wäre außerdem wünschenswert, dass endlich einmal auch dieses „eiskalte“ Verhalten einer solchen privatisierten Institution und ihrem zuständigen Abteilungsleiter öffentlich deutlich gebrandmarkt wird.

Ein Zitat:

*Als Folge der „Zusammenlegung“ der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe stellt sich das SGB II heute dar als die „Sozialhilfe für Erwerbsfähige“ und damit vorrangig als Teil des Fürsorgerechtes (die auch schon im BSHG und dem entsprechenden Teil des AFG enthaltenen arbeitsmarktrelevanten Anteile seine hier außer acht gelassen). Fürsorgerechtliche Verpflichtung ist zunächst immer den Lebensunterhalt zu sichern, und zwar unverzüglich. Entsprechend dem Urteil des BVerfG vom 12. 05.2005 auch dann, wenn Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Anspruchs bestehen. Denn: „Ein Mensch kann verhungern, eine Behörde nicht“ (Dr. Brand, Präs. LSG NRW)..*

**Haben Sie selbst üble Erfahrungen gemacht? Wir haben ein offenes Ohr für Sie! Berichten Sie uns, damit wir üble Vorkommnisse bekannt machen können.**

**Gemeinsam gegen Hilflosigkeit!**

# Neue Kürzungen und Schikanen für ALG II Bezieher geplant

von Hans-Jürgen Graf

In einem Referentenentwurf vom 26. Mai. 2008 soll der Regierung ein Instrument zur Hand gegeben werden, das ein „Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ möglich macht. Also ein weiterer „Optimierungsentwurf“ für die Bezieher von Leistungen nach dem SGB II. Nimmt man sich das 93-seitige Werk zur Hand und lässt seine Augen über die ersten Zeilen gleiten, so schießt einem spontan die Frage in den Kopf, ob die Entwickler eines solchen Papiers eigentlich ab und an Zeitung lesen oder vielleicht auch mal den Fernseher einschalten? Wahrscheinlich eher nicht, denn anders herum müsste der Leser dieses Papiers annehmen, dass hier wiederum bewusst das politische Prinzip der Schönrede und Volkstäuschung angewandt wird.

Denn bereits in der Eröffnung unter A - Problem und Ziel findet sich folgendes:

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren bis heute deutlich verbessert. Ende des Jahres 2007 betrug die Zahl der Erwerbstätigen über 40 Millionen.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm besonders kräftig zu, so dass zu Beginn des Jahres 2008 rund 27 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren. Damit verbunden ist ein starker Abbau der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen sank auf jahresdurchschnittlich 3,776 Millionen im Jahr 2007. Dies entspricht dem niedrigsten Stand seit dem Jahr 1995. Diese Entwicklung ist nicht

allein Folge eines kräftigen Wirtschaftswachstums. Die in der 14. und 15. Legislaturperiode durchgeführten tief greifenden Reformen am Arbeitsmarkt haben dazu beigetragen, dass die Reaktionsfähigkeit und Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt zugenommen haben.

Ende des Jahres 2007 also waren 40 Millionen Menschen erwerbstätig, von ca. 80 Millionen Bundesbürgern. Am Anfang 2008 waren sogar 27 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig tätig. Und diese Zahlen werden, stolz wie Oskar, präsentiert. Gucken wir doch mal, was die Zahlen uns noch erzählen. Wenn 27 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig tätig waren, von 40 Millionen insgesamt Erwerbstätigen, dann waren 13 Millionen Erwerbstätige nicht in sozialversicherungspflichtiger Stellung. Also Mini-Jobs, 1-Euro-Jobs und manches mehr. Erschrecken kann einen aber auch, dass 27 Millionen von 80 Millionen

Bürgern, ziemlich genau 33,75 % also gerade mal einem Drittel der Bevölkerung sozialversicherungspflichtig tätig sind. Wohingegen sich dann 16,25 %, also annähernd die Hälfte der Erwerbstätigen bezogen auf die Gesamtbevölkerung, in nicht sozialversicherungspflichtigen Erwerbsverhältnissen befinden. Alles andere als gute Zahlen, oder?

Aber nicht genug der praktizierten Verdummung. Wiederum werden die Zahlen der Arbeitslosenstatistik genannt, die ja nun mittlerweile ausreichend nachgewiesen, als viel zu niedrig entlarvt wurden. Selbst schärfste Kritik und Medienrummel beeindruckten diese Experten des Papiers nicht. Sie halten und klammern sich an falschen Zahlen und verteidigen sie mit einer Vehemenz als „echt“, die schon manchen vermuten lassen könnte, hier liegt bei den Experten irgendwie ein cerebrales Paradoxon vor. Mehrfach zum Beispiel wurde in bekannten Talkshows der ARD, dem ZDF und so weiter Bezug darauf genommen, dass der sogenannte und vielfach von politischer und ökonomischer Seite immer wieder propagierte Aufschwung, nicht bei den einfachen Menschen die diese Arbeit geleistet haben und ohne die es nicht funktionieren würde, ankommt.



Aber interessanter ist eigentlich, was denn auf die Betroffenen zu kommt, wenn dieser Vorschlag, dieses Papier, umgesetzt wird. Der Entwurf selbst sagt:

Mit dem Gesetzentwurf zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente werden die in den letzten Jahren und besonders im Jahr 2007 durchgeführten Reformen am Arbeitsmarkt und an den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten fortgesetzt.

Die bisherige Optimierung von Schikane und Benachteiligung wird also fortgesetzt. Weiter heißt es:

Das Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik wird entsprechend den Anforderungen aus einer gewandelten Arbeitswelt so weiterentwickelt, dass Menschen schneller in Erwerbstätigkeit integriert werden können als bisher. Die Instrumente werden so überarbeitet, dass sie für die arbeitssuchenden Menschen verständlicher und für die Anwender vor Ort einfacher handhabbar sind. Insgesamt erfolgt eine Verbesserung und - wo zweckmäßig - eine Vereinfachung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente.

Für einen bisher Betroffenen dieser „arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ dürfte das übersetzt wahrscheinlich so heißen:

Schikane, Zwang und Sanktionierungsmöglichkeiten werden den Erwartungen der Wirtschaftskonzerne und Großunternehmen angepasst. Nötigenfalls setzen wir auch die Forderung von Michael Glos, CDU, nach Zwangsarbeit um. Den Betroffenen wird deutlicher aufgezeigt „entweder Du machst das, was wir von Dir fordern oder es bleibt die Kohle weg“. Die Sachbearbeiter und deren Vorgesetzte in den Argen und Job-Center werden es einfacher haben, Geld zu streichen, zusätzliche Leistungen zu versagen usw. Denn wir werden das Gesetz dementsprechend anpassen.

Nun, als Beispiel, im Bereich der Eingliederungsvereinbarungen wird deutlich dass Möglichkeiten installiert werden sollen, die wiederum die Gelegenheit geben diese Eingliederungsvereinbarungen einseitig vom Leistungsträger aus zu gestalten. Und das obwohl mittlerweile überwiegend Urteile und Entscheidungen der Sozial- und Landessozialgerichte vorliegen, dass eben diese Eingliederungsvereinbarungen so nicht erstellt werden dürfen und die fehlende Zustimmung dazu keinen Sanktionierungsgrund darstellt. Nun, der Weg wird klar aufgezeichnet und vorgezeichnet. Es ist bewusst so, so die Meinung des Autors, dass diese „Arbeitsmarktreform Hartz IV“ nie dazu diene Arbeitsplätze zu schaffen. Nein, hier wird mehr als deutlich, dass sie überwiegend nur Instrument für andere, größere Ziele sein soll. Sie soll, unter anderem, die einfachen Menschen daran gewöhnen auch mal für Null-Euro zu arbeiten. Denn, so Müntefering, „wer nicht arbeitet soll auch nicht essen“! Jetzt etwas „optimierter“ ausgedrückt: „Wer arbeitet muss auch nicht unbedingt jeden Tag was essen“!

Zwangsarbeit in Deutschland. Immer schamloser werden Demokratie und Menschenrechte ausgehebelt.

Wen wundert es angesichts der Einstellung unserer „geschätzten Kanzlerin? In Ihrer Rede am 16.06.2005 zum 60-jährigen Bestehen der CDU - zu diesem Zeitpunkt war sie noch keine Bundeskanzlerin - hat sie folgende Aussage getätigt:

**„Denn wir haben wahrlich keinen Rechtsanspruch auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft auf alle Ewigkeit.“**

Und seither haben sich die Anstrengung zur Beseitigung genau dieser deutlich verstärkt.

Ein Ende der Abbruchphase ist nicht in Sicht.

**Weitere Informationen, einen Blog, archivierte frühere Ausgaben und mehr von Horch amol, finden Sie unter:**

[horchamol.infopartner.net](http://horchamol.infopartner.net)

**Beachten Sie bitte auch die Trauerseite für jene, die durch Hartz IV bereits gestorben sind. Die Opfer werden mehr.**

**Wenn Sie mit uns in Kontakt treten wollen:**

[horchamol@infopartner.net](mailto:horchamol@infopartner.net)

**Wir freuen uns auf Ihre Briefe, Anregungen, Kommentare, Hinweise und was auch immer Sie uns gerne zukommen lassen möchten.**

**Neu von Horch amol:**

**Horch amol - Videos bei YouTube und MyVideo**

[www.youtube.com/hjgraf](http://www.youtube.com/hjgraf)

[www.myvideo.de/mitglieder/hjgraf](http://www.myvideo.de/mitglieder/hjgraf)

**Das Angebot für Betroffene wird ständig ausgebaut**

# Skandalöse Zustände in Nürnberg - übelste Drecklöcher als Wohnungen

von Hans-Jürgen Graf

Die Abendzeitung - Nürnberg berichtet in ihrem Artikel „Stadt steckt Hartz - Familie in dieses Schimmelloch“, vom 9. Juni 2008, von einer Familie die Leistungen vom Sozialamt bezieht. Insofern ist nicht ganz klar warum von einer „Hartz-Familie“ geschrieben wird, da ja ALG II - Empfänger die Leistungen des kommunalen Trägers und der Bundesanstalt von der ARGE beziehen. Aus dem weiteren Bericht gehen zwar einzelne Lebensumstände hervor, jedoch lässt sich nicht ganz nachvollziehen woher die Annahme des Bezuges von Arbeitslosengeld II kommt. Das soll uns jetzt jedoch nicht weiter bekümmern, da es egal ist welcher Leistungsträger es letztendlich ist, die Ergebnisse der „Betreuung oder Förderung“ sehen oftmals bei beiden Trägern sehr gleich aus.

Das Ehepaar bewohnt ein 15 qm „Appartement“ einer Pension in der Südstadt. Eine dieser Pensionen, die sich wohl darauf spezialisiert haben „Gäste“ vom Sozialamt oder den Argen zugewiesen zu bekommen. Laut dem Bericht kassiert der Pensionsinhaber aus München pro Person 263 Euro Miete pro Monat (also 526 Euro insgesamt) und vermietet dafür ein Loch von 15 qm, das, und das beweisen Fotos in diesem Artikel, regelrecht mit Schimmel behaftet ist der mittlerweile auch dazu führt, dass der Putz sich lockert und von Wänden und Decken fällt. Ebenso sind Scheiben in der Wohnung zerbrochen und der Fußbodenbelag durchlöchert.

Es lohnt sich, sich diesen Artikel einmal durch zu lesen um zu erfahren wie in Nürnberg mit Menschen umgegangen wird, deren Leben einmal oder vielleicht auch mehrmals aus den Fugen geraten ist. Hilfe? Nein, das kann man wohl angesichts der angespannten Kassenlage der Stadt und des Bundes nicht erwarten. Nur sel-

samerweise steht in der gleichen Ausgabe ein Bericht über die bessere Finanzlage der Stadt, da die Einwohnerzahl gewachsen sei und die Stadt pro Einwohnerkopf vom Staat 300 Euro bekomme. Na, dann muss die Stadt Nürnberg zumindest bei den beiden Personen nur je 26 Euro für die Miete drauflegen. Da bleiben doch angesichts der Einnahmen aus diversen Steuern, die die Stadt bekommt oder daran beteiligt ist, doch viel mehr übrig um diesen Menschen eine besser Wohnung zuzugestehen.

Ein zweiter Artikel deckt weitere katastrophale Zustände auf, mit denen skrupellose Vermieter von Pensionsappartements bzw. Zimmern sich eine goldene Nase verdienen. Der Artikel der Abendzeitung „Hartz - Skandal wird immer schlimmer“ zeigt anhand weiterer Beispiele, wie diese „Geschäftsleute“ Kapital machen mit dem Elend und der Not bedürftiger Menschen. Ein Skandal der besonderen Güte sind, laut Bericht der Abendzeitung, die Reaktionen des zuständigen Sozialamts und des Gesundheitsamtes die von einer Bekannten der einen Betroffenen alarmiert wurde. Die Dame schildert, dass die

zuständigen Behörden lediglich ein mildes Lächeln für ihr Anliegen übrig habe. Wie ein Spucken in das Gesicht der Betroffenen klingt dann die zitierte Antwort des Sozialamtschefs Dieter Maly, dass die Pensionen „regelmäßig kontrolliert und Missstände abgeschafft würden. Dafür seien allein zwei Mitarbeiter des Amtes zuständig.“ Und wann tun diese Mitarbeiter endlich ihre Arbeit?

<http://www.abendzeitung.de/nuernberg/32958>

<http://www.abendzeitung.de/nuernberg/32673>

*Würde es den Armen Nürnbergs nur halb so gut gehen, wie „Flocke“, sie wären überglücklich. Ein Eisbär ist aber auch wirklich das passende Symbol für die soziale Eiszeit in Nürnberg. Kann man sich bald wirklich nur noch als Eisbär in Nürnberg wohlfühlen? Den SPD-Bürgermeister stört es nicht. Und da wundert sich diese Partei, daß sie Mitglieder und Wähler verliert und in der Bedeutungslosigkeit zu versinken droht? Diese Menschen haben den letzten Rest von sozialem Verstand verloren.*

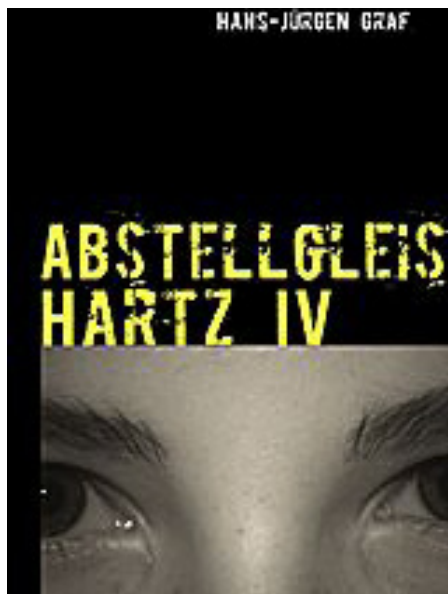
*Währenddessen sorgt sich der Oberbürgermeister um seinem Goldesel, verzeihung, seinen Eisbären und träumt von einer neuen Super-Straßenbahn in Nürnberg, die der Stadtrat schon genehmigt hat.*



# Publikationen aus Nürnberg

## Abstellgleis Hartz IV

von Hans-Jürgen Graf



Abstellgleis Hartz IV - Die „Unberührbaren“ der Nation ist eine Zusammenfassung mehrerer Texte zu diesem Thema und seine Begleitthemen, wie Armut, Benachteiligung, Ausgrenzung und mehr. In meinem Buch soll die Situation Betroffener deutlich werden, wie sie immer wieder um ihre Existenz kämpfen müssen und manchmal auch verlieren, wenn sie einer Sozialpolitik ausgesetzt sind, die ihnen scheinbar die Chance des Überlebens nicht lassen will.

Paperback, 112 Seiten  
Preis 13,00 Euro  
ISBN: 978-3-8334-9136-8

## Leben um zu Glauben - Glauben um zu Leben

von Hans-Jürgen Graf



Anhand eines Gebetes, das dem hl. Franz v. Assisi zugeschrieben wird, gibt der Autor seine Glaubenserfahrungen an den Leser weiter. Er nimmt auch speziellen Bezug zu seinem ersten Beruf, der Krankenpflege und zu bestimmten Glaubensthemen.

Paperback, 104 Seiten,  
Preis 10,00 Euro  
ISBN 978-3-8370-1077-0

## Kurzgeschichten für jede Jahreszeit

von Hans-Jürgen Graf  
und Thomas, Michael Müller



Verschiedene Kurzgeschichten für Teens, Twens und Oldies. Etwas für die Winterzeit, etwas für die warme Jahreszeit. Nicht nur zur Unterhaltung, nein auch zum Nachdenken gedacht.

Paperback, 52 Seiten  
Preis 5,99 Euro  
ISBN 978-3-8370-2973-4

Erhältlich in Onlinebuchhandlungen und über die  
ISBN-Nummer auch im örtlichen Buchhandel beziehbar

# Inhalt

Seite 2 .....	Kommentar
Seite 3 .....	Sanktionen
Seite 5 .....	1 Liter Benzin wohl mehr wert als 1 Stunde Arbeitsleistung
Seite 7 .....	Wieder drohen Obdachlosigkeit und Hungertod
Seite 8 .....	Neue Kürzungen und Schikanen für Hartz IV Empfänger geplant
Seite 10 .....	Skandalöse Zustände in Nürnberg - Drecklöcher als Wohnung
Seite 12 .....	Impressum

# Impressum

**Horch amol** aus Franken - Die kostenlose Zeitung für Hartz IV – Empfänger, Sozialhilfebezieher und andere verarmte Bürger wird herausgegeben von:

Hans-Jürgen Graf, Leipziger Str. 4, 90491 Nürnberg, Tel. 0170/6510213

**Horch amol** aus Franken ist eine Privatpublikation ohne Gewinnerzielungsabsicht.

Vi.S.d.P.: Hans-Jürgen Graf

Redaktion: Hans-Jürgen Graf, Thomas M. Müller

Freier Mitarbeiter: Andreas Klamm

Gestaltung: Thomas M. Müller

Bilder soweit nicht anders angegeben von Pixelio.de.  
Karikatur von [www.karikatur-cartoon.de](http://www.karikatur-cartoon.de)

Fremdbeiträge enthalten nicht automatisch die Meinung der Redaktion. Für die Inhalte des Fremdbeitrags ist der jeweilige Autor selbst verantwortlich. Rechtliche Informationen geben lediglich die persönliche Meinung des Autors wieder und stellen keine Form der Rechtsberatung dar. Die Haftung für Fehler wird auf Fälle grober Fahrlässigkeit beschränkt.

Bei Werbehinweisen auf Seiten im Internet weise ich ausdrücklich darauf hin, dass es sich um Fremdseiten handelt an deren Herausgabe ich nicht beteiligt bin, und für deren Inhalte ich auch nicht verantwortlich gemacht werden kann.

(Ausgabe 5/08 - Nürnberg, 10. Juni 2008)